VORBERICHT 2012

Zur Erstellung des Voranschlagsentwurfes:

Maßgebende gesetzliche Rahmenbedingungen für die Erstellung des Voranschlages 2012 stellen unter anderem das Finanzausgleichsgesetz 2008, der aktuelle österreichische Stabilitätspakt 2008 sowie der noch nicht veröffentlichte doch durch den Nationalrat und Bundesrat bereits beschlossene Stabilitätspakt 2011, das mit 30.07.2011 in Kraft getretene Pflegefondsgesetz sowie die relevanten Normen des sekundären und tertiären Finanzausgleichs dar.

Unter Berücksichtigung der neuen Berichtspflichten des Stabilitätspaktes 2011 wird zum VA 2012 eine mittelfristige Finanzplanung über 3 Jahre abgebildet.

Zum VA 2012 werden auf Basis der eingangs angeführten Rechtsgrundlagen sowie aktueller konjunktureller Prognosen, die kurz vor Abschluss des VA 2012 seitens des Bundes nach unten korrigiert wurden, Ertragsanteile von rd. 216 Mio. € erwartet. Dies ist eine Steigerung von rd. 3% gegenüber den aktuell erwarteten Hochrechnungen für das Jahr 2011. Wie stark die Einnahmen aus Ertragsanteilen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise beeinträchtigt wurden, wird erkennbar, wenn das Ergebnis aus 2008 mit realisierten rd. 207 Mio. € vergleichsweise herangezogen wird.

Ähnlich ist die Situation bei den Eigenen Steuern der Stadt Linz, die für 2012 mit 163,8 Mio. € erwartet werden. Getragen wird dieses Volumen in erster Linie von der Kommunalabgabe mit veranschlagten 125 Mio. €. Darüber hinaus wird wie in den Vorjahren der städtische Haushalt ausgabenseitig durch die jährlich anfallenden Transferleistungen an das Land Oberösterreich stark gefordert.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit von maßvollen Ausgabenleistungen soll auch im Zuge des Vollzugs 2012 eine Ausgabensperre (analog der Struktur 2011) im ordentlichen sowie im außerordentlichen Haushalt durchgeführt werden.

Die dem VA 2012 zugrunde liegenden Annahmen im Personalbereich beinhalten grundsätzlich eine Valorisierung von insgesamt 2,5 %, wobei analog dem Vorjahr im Wesentlichen ein 1%iger Fluktuationsabschlag vereinbart wurde.

Gemäß dem GR-Beschluss vom 13.10.2011 sind im VA 2012 sowie in mittelfristiger Perspektive keine Zahlungen aus dem derivativen Finanzgeschäft 4175 enthalten.

Auf Basis der gezeigten Rahmenbedingungen und der gesetzten Konsolidierungsmaßnahmen in allen haushalterischen Bereichen konnte gegenüber dem VA 2011 eine Verbesserung der laufenden Gebarung um rd. 20 Mio. € auf nunmehr - 14,8 Mio. € erreicht werden. Unter Berücksichtigung der Vermögensgebarung und der wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt wird das Maastricht-Ergebnis bei −36,6 Mio. € erwartet.

Der VA 2012 berücksichtigt die aktuelle Geschäftseinteilung des Stadtsenates.

Die Erstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2012 erfolgte nach dem im Statut für die Landeshauptstadt Linz und in der Haushaltsordnung vorgesehenen Verfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der VRV.

Die städtischen Dienststellen haben unter Zugrundelegung der von der Finanz- und Vermögensverwaltung erarbeiteten Vorgabewerte ihre Vorschläge bis zum Ende der Mittelanmeldung per 26.8.2011 vorgelegt, die in darauffolgenden Gesprächen auf Ebene der Gruppenleitungen weiter optimiert wurden.

Die gemäß § 18 (2) und § 18 (3) der Haushaltsordnung durchgeführten Absprachen unter Einbeziehung der politischen ReferentInnen brachte folgendes Ergebnis:

	laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Finanztransaktionen
Einnahmen	525.839.300,	27.408.500,	229.416.600,
Ausgaben	540.648.400,	76.945.300,	165.070.700,
Überschuss	0,	0,	64.345.900,
Abgang	-14.809.100,	-49.536.800,	0,

Zur Deckung des Zuschussbedarfes wurden 70,5 Mio. € (mit Sondertilgungen 198,6 Mio. €) Darlehensaufnahmen (Seite V - 22) veranschlagt. Diesen stehen Darlehenstilgungen in Höhe von 14,1 Mio. € (mit Sondertilgungen 142,1 Mio. €) gegenüber.

Das so erzielte Ergebnis wurde von der Stadtkämmerei im vorliegenden Voranschlag zusammengefasst und wird dem Gemeinderat im Wege des Stadtsenates unter Beiziehung des Finanz- und Hochbauausschusses mit dem Antrag auf Genehmigung vorgelegt.

Zur Budgetlage:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

WirtschaftsforschungsexpertInnen des WIFO und IHS gehen in ihrer aktuellen Herbst-Prognose nach einem hohen BIP-Wachstum 2011 (+2,9% Wifo; +3% IHS) von einem Abfall der Wirtschaftsentwicklung für 2012 aus, sodass nur mehr ein Wirtschaftswachstum von +0,8 % (Wifo) bzw. +1,3% (IHS) erwartet wird. Seitens IHS wird betont, dass die Prognoserisiken durch die Lage auf den Finanzmärkten und durch die Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung der Staatsschuldenkrise im Euroraum seit Juli deutlich gestiegen sind.

Äußerst kräftig ist 2011 lt. IHS die Investitionsnachfrage. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird für 2011 ein Anstieg von 7% erwartet, im Bereich der Bautätigkeit wird nach den Rückgängen in den beiden Vorjahren für 2011 eine Stabilisierung prognostiziert. Die Verschlechterung der Wirtschaftsaussichten wirkt jedoch spürbar auf das Investitionsklima 2012, wonach im Schnitt bei den Ausrüstungsinvestitionen nur mehr ein Wachstum von 2% erwartet wird.

Auch das Wachstum des realen Konsums der privaten Haushalte fällt It. IHS nach 2010 (+2,1 %) und 2011 (+1% - wobei die hohe Inflation die Kaufkraft schmälert) 2012 nur mehr mit +0,8% aus und folgt damit in etwa der Realeinkommensentwicklung. Der nun gute Lohn-Abschluss der Metaller könnte dieser Entwicklung vielleicht etwas entgegen wirken.

Die nachlassende weltweite Nachfrage führt damit auch zu einer deutlichen Verringerung der österreichischen Außenwirtschaft. Es wird 2012 zwar von einem positiven Wachstum der Außenwirtschaft ausgegangen; der Anstieg bei den Güterexporten wird 2012 jedoch nur mehr mit +4,3 % erwartet (2011: +9,5%).

Laut IHS hat der österreichische Arbeitsmarkt die Krise gut bewältigt und sich 2011 gut entwickelt. 2012 wird sich die Beschäftigungsdynamik aufgrund der Konjunkturflaute jedoch verlangsamen. Es wird daher ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,9 % gemäß nationaler Definition erwartet. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition dürfte 2012 von 4,1% auf 4,3% steigen.

Die jahresdurchschnittlich für 2011 erwartete Inflationsrate von 3,2% wird sich laut Prognose der Wirtschaftsforscher 2012 auf 2,1 % im Durchschnitt reduzieren, da bedingt durch die ungünstige Konjunkturlage keine preistreibenden Effekte von den Energie- und Nahrungsmittelmärkten erwartet werden.

Trotz des fortsetzenden Abbaus der Defizitquote von 4,6 % 2010 auf 3,1 % 2011 und auf erwartete 2,8 % 2012 betonen beide Institute, dass von den Konsolidierungsmaßnahmen keinesfalls abgewichen werden darf (Wifo). Aus Sicht des IHS bedarf es dazu der Ausschöpfung aller Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor.